Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. Juni 1926
Dienstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff — Wirtschaft und Recht — Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
15. 6. m — Nr. 272 — 10 Pfennig

Spanischer Beschluß in der Ratsfrage.

Keine Kandidatur für einen nichtständigen Sitz.

Madrid, 14. 6. (Agentur Fabra.)

Wie die Zeitungen melden, nahm der Ministerrat in seiner gestrigen Nachtsitzung den Vorschlag des Ministers des Auswärtigen an und beschloß, für einen nichtständigen Völkerbundsratssitz nicht zu kandidieren und die Frage betreffend die Stellung Spaniens im Völkerbund als genügend erörtert zu betrachten.

Der Minister des Auswärtigen wurde mit der Aufgabe betraut, im gegebenen Augenblick und gemäß dem in Genf gefaßten Beschluß über die Forderung Spaniens nach den vom Ministerrat endgültig aufgestellten Richtlinien zu handeln.

Brasiliens Kündigung.

Offizieller Austritt in zwei Jahren.

sch. **Genf**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Das heute früh beim Generalsekretär eingegangene Telegramm des brasilianischen Außenministers wird allgemein als die im Artikel 1 des Völkerbundpaktes vorgesehene Kündigung aufgefaßt. Die zweijährige Frist dürfte also heute begonnen haben, und Brasilien kann am 14. Juni 1928 den Bund verlassen, wenn es zu diesem Zeitpunkt alle internationalen Verpflichtungen, diejenigen des Paktes eingeschlossen, erfüllt hat. Ob der im November 1926 ins Amt tretende neue brasilianische Staatspräsident, der wohl auch einen neuen Außenminister ernennen wird, eine andere Haltung befolgen wird, kann heute noch niemand sagen. Die brasilianischen Offiziere der militärischen Unterkommission haben an der heutigen Sitzung dieser Kommission teilgenommen.

An der Bundesversammlung im Dezember wird also Brasilien ebensowenig teilnehmen, wie an den bis dahin etwa stattfindenden Ratstagungen, von denen die eine als außerordentliche Tagung in etwa sechs Wochen geplant war, während die nächste ordentliche (41.) Tagung für den 3. September einberufen ist. Die Juristen sind der Meinung, daß ein neunköpfiger Rat — und selbst beim eventuellen Ausbleiben Spaniens auch ein achtköpfiger — alle Beschlüsse normal fassen kann.

Der Austritt Brasiliens hat noch eine Frage entstehen lassen: Kann und will Brasilien Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf bleiben, wenn es dem Völkerbund nicht mehr angehört?

Die Kreditgarantie für Mannesmann.

Der „Vorwärts" wendet sich in seiner Sonntagsnummer gegen den Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages, der „der Uebernahme einer Kreditgarantie zur Sicherstellung des Marokkobesitzes der Gebrüder Mannesmann in überwiegend deutschem Besitz" zustimmt. Die Sozialdemokratie sei, wie das Blatt ausführt, grundsätzlich dagegen, daß durch diese Aktion das Verhältnis Deutschlands zu einer der fremden Mächte bedroht oder gestört werde. Zudem sei die wirtschaftliche Grundlage undurchsichtig, da niemand die Entwicklung der Dinge in Marokko übersehen könne. In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich das „Echo de Paris", dessen Berliner Berichterstatter in der Bereitstellung der Kredite durch das Reich eine Demonstration gegen die spanisch-französischen Verhandlungen über Marokko erblickt.

Gegenüber diesen Auslassungen erscheint es am Platze, den Beschluß des Haushaltsausschusses auf das Maß seiner wahren Bedeutung zurückzuführen. Die Reichsregierung hat für die Gebrüder Mannesmann die grundsätzliche Genehmigung zu einem Kredit erteilt, dessen formelle Durchführung noch nicht feststeht. Der Kredit soll der Erhaltung eines unbestrittenen deutschen Besitzes in der spanischen Zone von Marokko und zur Abwendung seiner sonst unvermeidbaren Abstoßung aus deutschen Händen dienen. Es ist nicht einzusehen, wie eine solche Stützungsaktion internationale politische Weiterungen nach sich ziehen soll. Jede Regierung hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihren eigenen Besitz im Auslande zu schützen. Es kommt noch dazu, daß der Beschluß durch die Worte „in überwiegend deutschem Besitz" offenbar erkennen läßt, daß hier eine internationale Beteiligung anderer Länder durchaus möglich ist. Um so weniger ist unseres Erachtens Grund vorhanden, daß irgendeine fremde Macht an der geplanten Stützungsaktion Anstoß nimmt. Die finanziellen Verhältnisse Deutschlands liegen nun einmal so, daß Deutschland nicht in der Lage ist, allein größere Mittel für die Aufschließung großer Objekte im Ausland aufzubringen. Eine internationale Beteiligung daran ist deshalb eher zu wünschen, als zu fürchten. Mit Politik hat die Angelegenheit nur insofern zu tun, als sie den Willen deutscher Kreise zu internationaler wirtschaftlicher Kooperation erkennen läßt. Die Tatsache, daß der Abschluß der seit längerer Zeit schon vorbereiteten Stützungsaktion mit den gegenwärtigen spanischen Marokkoverhandlungen zusammenfällt, ist reiner Zufall. Es ist daher völlig abwegig, einen Zusammenhang zwischen dem Beschluß und den politischen Zeitereignissen zu suchen.

Die deutsche Regierung hat im Verlaufe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine Anzahl notleidender Unternehmungen unterstützen müssen. Im Falle Mannesmann ist sie bereit, dafür einzutreten, daß einer der wenigen wertvollen außerdeutschen Aktivposten nicht in fremde Hände kommt, sondern dem deutschen Besitz erhalten bleibt. Sie ist bereit, ihn in Gemeinschaft mit dem interessierten Ausland der Aufschließung unter der Mitwirkung der rechtmäßigen deutschen Besitzer zuzuführen. Solche gemeinsame Arbeit mit anderen Staaten ist nicht nur für die eigene Wirtschaft wertvoll, sondern auch in politischer Hinsicht für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern von großer Bedeutung.

Kabinettsfronde gegen Chamberlain.

Konservative Angriffe gegen seine Rußlandpolitik.

sx. **London**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus mußte heute Chamberlain seine Rußlandpolitik gegen kleine Anfragen seiner konservativen Parteigenossen verteidigen, die diese Politik zu schlapp finden. Chamberlain verlas zunächst den Wortlaut der Rußland überreichten Note. Genau genommen handelt es sich nur um ein Memorandum, in dem der britische Geschäftsträger in Moskau beauftragt wird, die Sowjetregierung zu informieren, daß die britische Regierung die Aktion des Sowjetkommissariats für Finanzwesen nicht mit Stillschweigen übergehen könne, eine Aktion, die darin bestanden habe, daß dieses Kommissariat die nach dem russischen Gesetz erforderliche spezielle Genehmigung für Geldsendungen in das Ausland bei dem zur Unterstützung des englischen Generalstreiks bestimmten russischen Scheck erteilt hätte. Der Generalstreik sei ein ungesetzlicher und verfassungswidriger Akt, eine ernsthafte Bedrohung der gegenwärtigen Ordnung, und die Aktion des Finanzkommissariats sei daher der freundschaftlichen Beilegung der zwischen beiden Ländern zu regelnden Fragen nicht dienlich.

Mit dieser Erklärung gaben sich die konservativen Fragesteller nicht zufrieden. Der Bruder des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Locker-Lampson, fragte, ob nicht die Zeit gekommen sei, mehr zu tun, als zu protestieren. Sir Alfred Mond wollte wissen, ob

die russische Aktion

nicht einen direkten Bruch des englisch-russischen Handelsabkommens von 1921 bedeute und ob der Außensekretär nicht seinen Einfluß dahin geltend machen wolle, das Abkommen zu beendigen.

Chamberlain bat, diese Frage auf Donnerstag zu verschieben. Er hätte dem russischen Geschäftsträger in London wiederholt erklärt, daß antibritische Propaganda das Haupthindernis der Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen sei und es der britischen Regierung unmöglich mache, in irgendwelche weitere Verhandlungen einzutreten, solange diese Propaganda andauere. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß die notwendige Vorbedingung zu erfolgreichen Verhandlungen darin liege, daß die Sowjetregierung die allgemeinen Regeln des internationalen Rechts anerkenne und ihren guten Glauben durch die Befolgung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Abmachungen beweise.

Die Stimmung wurde erregt,

als ein weiterer konservativer Abgeordneter forderte, daß die Regierung den Verkauf in Rußland beschlagnahmter englischer Güter in England verbiete und diese Güter als gestohlen bezeichnet. Chamberlain erklärte nur kurz, daß er diese Absicht nicht habe und keine Macht habe, diesen Handel zu verbieten. Es handelt sich bei diesen Geschäften u. a. um den Verkauf russischen Petroleums aus ehemaligen englischen Bohranlagen. — Das Foreign Office steht dieser

Aufpeitschung der Gefühle gegen Rußland

durchaus unsympathisch gegenüber, wie schon die Vorgeschichte der russischen Note zeigt. Die Instruktionen an den britischen Geschäftsträger in Moskau hat Chamberlain bereits kurz vor seiner Abreise nach Genf auf Entscheidung des Kabinetts nach Moskau gegeben. Er hat sie jedoch nicht telegraphisch, sondern durch Kurier gegeben. Noch bevor er aus Genf zurückkehrte, ordnete das Kabinett am Freitag die telegraphische Uebermittlung der Instruktionen an. Im Kabinett versuchte sich unter Führung von Churchill, Joynson-Hicks, Lord Birkenhead und des Gesundheitsministers Neville Chamberlain, des Bruders Sir Austens, die antirussische Strömung durchzusetzen. Sir Austen Chamberlain, dessen Autorität durch den türkischen Vertrag gestärkt ist, hofft, bis zur Unterhausdebatte am Donnerstag die Angelegenheit in ein ruhigeres Fahrwasser zu lenken.

*

sx. **London**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Auf eine Anfrage im Unterhaus teilte der Finanzsekretär des Schatzamtes mit, daß weder die deutsche Regierung noch der Reichsbankpräsident sich mit dem britischen Schatzkanzler oder mit Reparationsbehörden über die Möglichkeiten einer Revision des Dawes-Planes in Verbindung gesetzt hätten.

Kardinalsprozession in New York.

New York, 14. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Dem Kardinal Benzano, dem päpstlichen Legaten für den Eucharistenkongreß in Chikago, wurde bei seiner Ankunft in New York ein Empfang bereitet, wie ihn selbst Amerika noch nicht gesehen hat. Er wurde in einer Prozession von 10 000 Menschen mit Flaggen und Musikkapellen durch die 5. Avenue zur Kathedrale geleitet, 300 000 Menschen flankierten die Straßen, durch die der Kardinal in seiner scharlachroten Robe sich zum Festgottesdienst begab. An der Prozession nahm das 165. Infanterieregiment teil. In den Straßen wehten Sternenbanner und die gelbweiße päpstliche Flagge.

Riga, 14. 6. (Sonderdienst der DAZ.) Die Sowjetregierung hat nach einer Meldung aus Moskau mit der Regierung der Mongolei einen Schiffahrtsvertrag abgeschlossen, der auf die Dauer von 10 Jahren russischen Schiffen das Recht der Schiffahrt auf den mongolischen Flüssen zusichert.

Brüssel, 14. 6. (Sonderdienst der DAZ.) Der japanische Dampfer „Alps Maru" ist beim Auslaufen aus der Schelde auf Grund gelaufen und heute bei Niedrigwasser in zwei Teile auseinandergebrochen. Die Besatzung ist gerettet.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Sejm und polnischer Staatspräsident.

Die geplante Machterweiterung der obersten Staatsstelle.

hm. **Warschau**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Die angekündigte Verfassungsänderung soll dem Präsidenten ganz wesentliche Erweiterungen seiner Befugnisse und Vollmachten bringen. Es verlautet, daß u. a. der Präsident das Recht des Vetos gegenüber den Beschlüssen des Sejm erhalten soll. Dadurch würde der oberste Träger der ausführenden Gewalt einen ganz wesentlichen Einfluß auf die Entscheidungen des Sejms gewinnen. Ferner soll dem Präsidenten das Recht der Sejmauflösung eingeräumt werden, wie auch eine Bestimmung in die Verfassung hineingenommen werden soll, die den Präsidenten berechtigt, während der Sejmferien Verfügungen usw. zu erlassen. Es heißt auch, daß die Dauer der Sejmtagungen auf ein bestimmtes Maß beschränkt werden soll.

Es ist interessant, daß sich das sozialistische Blatt „Robotnik" gegen diese weitgehenden Absichten der Regierung wendet und die bekanntgewordenen Projekte als dem demokratischen Geist widersprechend bezeichnet. Das Blatt ist früher sehr stark für eine Aenderung der Verfassung eingetreten, es hat hierbei die Meinung der Sozialistischen Partei vertreten. Endgültiges über die Verfassungsänderung ist noch nicht bekannt, die Arbeiten sind jedoch im Flusse, da die Regierung gewillt ist, die neuen Bestimmungen noch durch den derzeitigen Sejm bestätigen zu lassen.

Die Linksparteien fordern Sejmauflösung.

hm. **Warschau**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Die drei Linksparteien haben dem Sejmmarschall Rataj ein Schreiben zugehen lassen, in dem sie die Auflösung des Sejms fordern. Das Schreiben ist unterzeichnet durch die Vorstände der Polnischen Sozialistischen Partei, der Partei „Wyzwolenie" und der Bauernpartei. Das nunmehr offiziell gestellte Verlangen nach der Sejmauflösung deckt den Konflikt, der zwischen der Regierung Bartel und den Linksparteien ausgebrochen ist, in seinem ganzen Ausmaße auf. Bartel vertritt die entgegengesetzte Ansicht, daß der Sejm vor seiner Auflösung noch die Verfassungsänderung zu erledigen hat. Der Aeltestenrat des Sejms ist aus Anlaß der Auflösungsforderung einberufen worden. Es dürften wohl kaum Zweifel bestehen, daß der Schritt der Linksparteien ohne Erfolg sein wird, um so mehr der Entwurf zur Verfassungsänderung bereits in Ausarbeitung ist.

Pilsudski Vorsitzender des Kriegsrates.

hm. **Warschau**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Durch ein Dekret des Präsidenten Mościcki ist der Marschall und Kriegsminister Pilsudski zum Vorsitzenden des Höchsten Kriegsrats ernannt worden. Dieser Erlaß trägt dem Wunsche des Marschalls nach engstem Kontakte mit dem Heere Rechnung. Diesen Wunsch hat Pilsudski vor wenigen Tagen erst wieder in einem offenen Briefe an den Ministerpräsidenten Bartel zum Ausdruck gebracht. Auch hat der Erlaß des Präsidenten einen Ausweg aus der Lage geschaffen, die durch die noch nicht vom Sejm erledigte Bestimmung über die Neuregelung der obersten Heeresstellen entstanden war.

Portugiesischer Gegenputsch beigelegt.

Lissabon, 14. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

„Seculo" hat am vergangenen Freitag eine Meldung veröffentlicht, wonach die Kommandeure von Truppenteilen in einem Vorort von Lissabon ein Ultimatum an die Regierung geschickt hätten. Sie hätten gedroht, auf Lissabon marschieren zu wollen, wenn nicht eine Reihe von Forderungen, darunter die Besetzung einer Reihe von Ministerposten, sofort erfüllt würden. Der Zwischenfall sei inzwischen durch den Ministerpräsidenten und General Costa beigelegt worden, die sich nach Empfang dieses Ultimatums zu den unzufriedenen Militärs begeben und einen der beteiligten Offiziere, Oberstleutnant Susa, zum Handelsminister ernannt hätten.

Die spanische Gesandtschaft in Lissabon und die portugiesische Gesandtschaft in Madrid sind zu Botschaften erhoben worden.

Die amerikanischen Aerzte in Berlin.

Am Montag abend um 10,18 Uhr traf auf dem Anhalter Bahnhof mit dem fahrplanmäßigen D-Zuge aus Dresden der von uns bereits angekündigte amerikanische Aerztebesuch ein. Es sind etwa hundert Herren, die alle der „Interstate Medical Association of America" angehören, und fünfzig Damen. Die Führung hat Professor William B. Peck. Zur Begrüßung waren auf dem Bahnhof die Professoren Bier, His und der Dekan der medizinischen Fakultät Professor Goldscheider erschienen. Vom Amerikainstitut war Dr. Bertling gekommen. Die Gäste hatten gar nicht erwartet, daß man sie zu so später Stunde noch offiziell empfangen würde. Sie waren über diese Aufmerksamkeit sehr überrascht und dankten in herzlichen Worten. Fünf Elitewagen brachten dann die Gäste in die Hotels „Central", „Continental" und „Adlon".

Für die drei Tage, wo die amerikanischen Aerzte in der Reichshauptstadt weilen werden, sind mehrere festliche Veranstaltungen vorgesehen. Heute vormittag um 10 Uhr findet eine Besichtigung des Warenhauses Wertheim am Leipziger Platz statt. Am Nachmittag empfängt Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Aerzte. Morgen wird eine Führung durch die historischen Räume des Schlosses und durch das Kaiser-Friedrich-Museum veranstaltet. Nachmittags werden die Aerzte Potsdam besuchen. Am Donnerstag findet der Empfang in der amerikanischen Botschaft statt, an den sich eine Festvorstellung in der Kroll-Oper anschließt. Freitag morgens erfolgt die Abreise nach Amsterdam.

Die medizinischen Vorlesungen werden von den Mitgliedern der Berliner medizinischen Fakultät an den Vormittagen gehalten. Außerdem finden drei allgemeine Vorträge statt von Geheimrat Prof. Dr. Warburg, dem ehemaligen Präsidenten der technischen Reichsanstalt, von Geheimrat Haber, Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, und dem Museumsdirektor Professor Wiegand.

Bagdad, 14. 6. (Sonderdienst der DAZ.) Das Irakparlament hat heute das Mossulabkommen ratifiziert.

Das Regierungsrezept aus dem Süden.

Die innerpolitische Krise der Tschechoslowakei.

rs. **Prag**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Seitdem die Beamtenregierung die Geschäfte führt, sind die Verstimmungen der Parteien gegeneinander nach außen hin größer geworden. Niemals mehr als gerade jetzt kann man feststellen, daß die Parteiführer mehr auf Parteipolitik als auf Staatspolitik eingestellt sind. Die Lage wird noch dadurch ernster, daß offensichtlich eine Ernüchterung in der Beurteilung der bisherigen Gesamtentwicklung eingetreten ist. Die in der Plutokratie führende

nationaldemokratische Partei

ist von der Schönfärberei ihrer bisherigen Leistung abgerückt, und man kann recht aufrichtige Schilderungen der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere was die Wirtschaftslage anlangt, lesen. Hat der Generalsekretär des Industrie-Verbandes, Hodatsch, die bisherige gesetzgeberische und verwaltungstechnische Entwicklung scharf kritisiert, so hat der nach innen so einflußreiche Dr. Kramarsch Angstrufe über die Zahlungsbilanz ausgestoßen, die in nichtpolitischen Kreisen um so nachhaltiger gewirkt haben, als er diese wirtschaftliche Verschlimmerung mit den innerpolitischen Verhältnissen in Verbindung gebracht und zu deren Besserung parlamentarische Entscheidungen gerade in einem Augenblick dringlichst gefordert hat, wo die innerpolitische Situation völlig verfahren ist und die Abstoßungskräfte unter den bisherigen Regierungsparteien bei weitem stärker sind als die Anziehungskräfte. Und noch mehr hat Dr. Kramarsch die wirtschaftlichen Kreise beunruhigt dadurch, daß er erklärt hat, daß, wenn es nicht anders geht, es ohne Parlament gehen müsse. Viel zu schlau, um mit der Diktatur „vorzeitig" zu spielen, hat Dr. Kramarsch bisher nach außen sich über diesen Ausweg noch nie geäußert, und es wird als Zeichen höchster innerer Verwirrung angesehen, daß er mit dieser schlagwortartigen Phrase von der Diktatur herausgerückt ist, gerade er, der doch immer mehr für die Tat als für das Wort ist.

Bei dem Spiel mit diesem Gedanken ist er nicht ohne Konkurrenz. Die

Nationalsozialisten

und ihr Führer Stribrny spielen mit den gleichen Gedanken, und es gibt wieder andere Leute, die in dem früheren Ministerpräsidenten Svehla den geborenen Diktator sehen. Einwendungen dagegen werden genug erhoben, und man täuscht sich nicht darüber, daß „Demokratie" sieben Jahre lang das außenpolitische Schlagwort war, das den Ruf von der Konsolidierung gestützt hat, und daß dem Präsidenten Masaryk nicht zuzumuten ist, sich mit einer Entwicklung abzufinden oder sich ihr unterzuordnen, die sowohl seinem philosophischen Ideal als auch seinem politischen Ziel völlig widersprächen.

Das spanische, portugiesische, italienische, griechische und türkische Vorbild regt zur Nachahmung an. Insbesondere scheint es, als ob oft die Persönlichkeit Mussolinis manchen Politiker aufmuntern würde, dessen Weg zu gehen. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nationalpolitisch und soziologisch die Verhältnisse in der Tschechoslowakei ganz eigenartig liegen, ganz abgesehen davon, daß es noch kein europäischer Binnenstaat versucht hat, einen solchen Ausweg aus der innerpolitischen Krise zu suchen. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Vorbilder ist auch so wesentlich von der eines tschechoslowakischen Nachahmers verschieden, daß die sozialistischen Parteien und die Kommunisten ausreichen, um vor einem solchen Versuch zu warnen. Freilich: die nationalsozialistische Partei wäre nur gegen jenen Putsch, den sie nicht selbst machen würde. Der aber, den sie machen würde, wäre lediglich von Parteiegoismus diktiert. Die Legionärsgemeinde verhält sich sehr zurückhaltend, und die Wahlbekenntnisse der Armee müßten vor jeder solchen Tollheit warnen. Die Bevölkerung ist in allen Schichten unzufrieden und verlernt es, als einzigen Erfolg des Regiertwerdens nationalpolitische Erfolge gegen die Deutschen, Slowaken, Magyaren und Karpathenrussen anzuerkennen. Sie will mehr, und sie will es besser haben.

Der Sturm gegen die Agrarzölle dauert an.

kbg. **Wien**, 14. 6. (Eigenbericht.)

In Prag dauert die politische Verstimmung über die Agrarzölle noch an. Während Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf um die Aufwiegelung der Straße ihr nächstes Ziel sehen, wollen die Nationaldemokraten eine Verfassungsänderung durchsetzen. Das offizielle Organ der tschechischen Sozialdemokraten „Pravo Lidu" erklärt den Bruch aller Beziehungen zu den tschechischen bürgerlichen Parteien. Für morgen nachmittag 3 Uhr wird auf dem Heuwag-Platz in Prag eine Protestkundgebung der Metallarbeiter, Eisenbahner und der anderen Gewerkschaften gegen die durch die Zölle angeblich drohende Teuerung einberufen. Die Nationaldemokratische Partei unter der Führung von Kramarsch verlangt eine Aenderung der Verfassung zur Sicherung des nationalen Charakters der Tschechoslowakei. Dieser nationale Charakter scheint den Nationaldemokraten dadurch gefährdet, daß bei der gegenwärtigen Zollvorlage die deutschen und die tschechischen Parteien gemeinsam vorgegangen sind, woraus die Partei befürchtet, daß auch später ein gleichzeitiges Vorgehen der beiden nationalen Lager stattfinden könnte. Die Nationaldemokraten wünschen ferner eine Aenderung der Wahlordnung und Verringerung der Zahl der Abgeordneten und der Ministerien.

Um den Direktor der Reichsbahn.

Die Reichsregierung wird heute in einem Ministerrat zur Wahl des neuen Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft Stellung nehmen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Ministerrat schon bei dieser Sitzung zu einer Entscheidung kommen wird. Das Reichskabinett dürfte Wert auf die Klärung der grundsätzlichen Fragen legen, ob seine Zustimmung rein formaler Natur ist oder ob die Ernennung des Reichsbahndirektors in Wirklichkeit eine Sache des Reichs ist.

Italiens Währungs- und Produktionspolitik.

Erklärung des Finanzministers im Senat.

fr. **Mailand**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Finanzminister Graf Volpi hat in der heutigen Senatssitzung wieder eine Rede über die Währungsfrage gehalten, die diesmal recht beachtenswerte Folgerungen auch für die Zukunft enthielt. Zunächst stellte er auf Grund der Maiabrechnung des Schatzamtes fest, daß der Haushaltsüberschuß des Etatsjahres, das am 30. Juni abläuft, auf alle Fälle eine Milliarde beträchtlich übersteigen wird. Dann behandelte er die Währungspolitik, die er seit mehr als ¾ Jahren verfolgt, und gab eine Aufzählung der nacheinander erlassenen Verordnungen:

1. Verbot des Devisenkaufes und -verkaufes, ohne daß das Bedürfnis dokumentarisch nachgewiesen ist;
2. Verbot für die Banken, auf eigene Rechnung zu kaufen;
3. Verbot der Bankenarbitrage;
4. Verbot der Belastung des Gegenwertes auf ein Konto, das vom Schatzamt nicht zugelassen ist;
5. gleichzeitige Hergabe der Lira-Beträge beim Devisenverkauf und
6. dauernde Kontrolle über alle Währungsvorgänge.

Graf Volpi fuhr dann fort:

Die internationale Spekulation

während der beiden letzten Monate gegen die lateinischen Währungen habe einen Umfang gehabt, wie er in der Finanzgeschichte wohl noch nicht dagewesen sei. Graf Volpi bekannte sich noch einmal ausdrücklich zum Wirtschaftsprogramm des Wirtschaftsministers und betonte, daß das Problem der italienischen Valuta mit dem Problem der nationalen Produktion identisch sei. Nur durch eine Stärkung der nationalen Produktionsfähigkeit und durch eine Aenderung der Stellung der italienischen Währung innerhalb der internationalen Währungen könne eine Währungsstabilisierung vorbereitet werden. Italien wisse wohl, daß es seine Währung nicht von der Dynamik der anderen Währungen trennen könne. Wenn die nationale Regierung den Augenblick dafür gekommen glaube, und zwar ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des nationalen Nutzens, werde sie das

Problem der Währungsstabilisierung vom internationalen Standpunkt aus

in Angriff nehmen. Aber überall innerhalb und außerhalb Italiens solle man wissen, daß es sich dabei nicht um ein rein technisches Problem handele, das mit den Mitteln des Schatzamtes allein gelöst werden könnte, sondern daß auch die Verstärkung der wirtschaftlichen Struktur des Landes dabei unbedingte Voraussetzung sei.

Beginn der Pariser Marokkobesprechungen.

a. **Paris**, 14. 6. (Eigenbericht.)

Die französisch-spanischen Verhandlungen über die Regelung der Verhältnisse im Rifgebiet haben heute nachmittag mit einer Sitzung im historischen Uhrensaal des Quai d'Orsay begonnen.

Sprengstoffattentat in Oberschlesien.

Beuthen, 14. 6. In der vergangenen Nacht wurde auf der neu angelegten Scharleygrube in Roßberg ein schweres Sprengstoffattentat verübt. An drei verschiedenen Orten der Grubenanlage wurden größere Dynamitmassen zur Entzündung gebracht. Während an zwei Stellen der Schaden nur geringfügig ist, wurde durch die dritte Bombe die neue wertvolle, in modernster Konstruktion errichtete Wage vernichtet. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Von den Tätern fehlt jede Spur, auch ist man über die Beweggründe zur Tat noch im unklaren.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags.

	14. 6.	12. 6.		14. 6.	12. 6.
Tägl. Geld	4 %	nom.	Lond. 60 T.	4,82,25	4,82 9/16
Bankakzepte (90 Tage) G	3¼	—	Paris	2,78,50	2,93,50
do. do. B	3⅛	—	Brüssel	2,85,00	2,99,50
Pa. Handelsw. niedr. Kurs	3¾ %	3¾ %	Amsterd.	40,18	40,17½
do. höchster	4 %	4 %	Zürich	19,35½	19,36
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Oslo	22,19	22,27
„ bez.	—,—	—,—	Kopenh.	26,54	26,77
London Kabel Tr.	4,86,75	4,86 11/16	Prag	2,96½	2,96½
			Rom	3,56	3,63
			Madrid	15,60	15,70
			Silber	65⅝	65⅝

New Yorker Börse.

	14. 6.	12. 6.		14. 6.	12. 6.
4% St. Louis Prior.	84⅛	84¼	7% Rep. Dawes Anl.	104⅝	104¾
6% do. cum. Mrt. Bd.	97	96⅞	6½ Berl. Stadt 25	90¾	90¾
Baltimore shares	94½	95⅝	7 Bremer Anleihe	97¾	96½
Canad. Pacific	161½	162	6½ Köln v. 1925	89¾	89¾
Chesapeake Ohio	132¾	132¾	7 Münch. v. 1925	—	—
Chic. Milwauk.	12	12	7 Dt. Kom. Verb. 47	98	96½
Erie	34½	35½	7 Rentenbk. Kredit	99½	99½
Missouri Pac. preff.	85¾	84¾	7 Oest. Völkerbd.	101⅛	101¼
Pennsylvania	53	53½	7 Franz. Gold 49	89⅞	90⅞
Reading	88⅞	89⅞	5 Mex. Ausl. v. 99	48¾	48
Southern Pacific	101¼	102	4 Mex. Gold v. 04	30½	31½
Union Pacific	150½	150⅝	8 Poln. Ausl. 50	83¾	83¾
American Can	51½	50⅝	7 A. E. G. 1945	101½	101¼
Anaconda	46½	46	6½ Elektrowerke 50	93⅝	91½
Bethl. Steels	41¼	40⅝	7 Fried. Krupp 29	—	97¼
General Electric	337½	334	7% Rh.-Elbe-Union	101½	102¼
General Motors	141	138	7 Rh. W. El. 1950	98⅝	98
Intern. Harvester	121½	119½	7½ Leonh. Tietz	—	97
Standard Oil N. J.	44¾	44¾	7 Sächs. Wke. 45	96	95½
Studebaker	52⅝	51	7 Siem. u. H. 1928	—	—
U. S. Steel Corp.	136⅞	136½	7 Aug. Thyssen	100	100

New York, Produktenmarkt.

	14. 6.	12. 6.		14. 6.	12. 6.
Kaffee Santos L.	22½	geschlossen	Weissblech	5,50	—,—
„ Rio loko	19½	geschlossen	Bessemer Stahl	35,50	—,—
„ Juli	17,98	geschlossen	Schmalz West.	17,05	17,25
„ Septbr.	17,22	geschlossen	Talg	9½	9½
„ Dezbr.	16,47	geschlossen	Bw. Saatöl loko	15,90	15,90
„ Januar	16,05	geschlossen	„ Juli	15,85	16,10
„ März	15,85	geschlossen	Petroleum Cases	19,15	19,15
Baumwolle loco	18,15	18,00	„ Tanks	8,75	8,75
„ Juli	17,64	17,50	„ Stand wh.	15,75	15,75
„ August	16,87	16,72	Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
„ Septbr.	16,46	16,33	Zucker Juli	2,40	—
„ Oktober	16,36	16,25	„ Septbr.	2,53	—
Zufuhr	7 000	20 000	„ Dezbr.	2,68	—
Kupfer elektr.	14.	geschlossen	Kautsch. crepe	43	43½
Zinn	61,25	geschlossen	„ sheet	43	43½
Blei	8,12	geschlossen	Terpentin	85½	86½
Zink	7,25	geschlossen	„ Savannah	79½	79
Eisen	20,50	geschlossen	Baumw. N. Orl.	17,25	17,04

	14. 6.	12. 6.		14. 6.	12. 6.
Weizen, rot	170	168½	Mehl, Sp.	7,25—7,75	7,25—7,75
Hartwinter	175	174½	Getrfr. Engl.	1/6—2/0 sh	1/6—2/0 sh
Mais	85½	87¾	Kontinent	9—12 cts.	9—12 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	14. 6.	12. 6.		14. 6.	12. 6.
Weizen Juli	139	139½	Schmalz September	16,62½	16,80
„ Sept.	134½	136½	Rippen Juli	18,37½	18,37½
Mais Juli	71½	73¾	Speck	19,00	18,90
„ Sept.	76¾	78½	Leichte Schweine niedr.	13,85	14,00
Hafer Juli	41⅞	42½	Leichte Schweine höchst.	14,70	14,80
„ Sept.	42¾	43½	Schwere Schweine niedr.	13,65	13,70
Roggen Juli	91¾	92½	Schwere Schweine höchst.	14,30	14,50
„ Sept.	94¾	95½	Zufuhr Chicago	45 000	4 000
Schmalz Juli	16,37½	16,55	Zufuhr Westen	117 000	36 000

Ins junge Land.

Von **Walter Bloem.**

I.

Moskau, im Juni.

Achthundert Meter unter mir gleitet der winzige Schatten des mächtigen Deruluft-Flugzeuges über die maigrün gescheckte Erde. Einsamkeit, Weltentrücktheit durchbraust mir Hirn und Nerven, lädt zu hoher Sammlung, entzündet Gefühle feierlicher Verpflichtung. Was drunten unter mir vorüberzieht, das ist Rußland, das Land der Rätsel, Drohungen, Verheißungen. Ich soll es erleben. Nicht lange genug, um ein „Landeskenner" zu werden. Immerhin: ich werde schauen, hören, fühlen. Und was ich erlebte, will ich erzählen, soweit es nicht, aus tausend Gründen, der öffentlichen Berichterstattung sich entzieht. Was mitgeteilt werden kann, soll gesagt werden aus reinstem Wollen, aus einem Herzen, das nichts von Parteidisziplin und Schablone weiß. Das über Schlagbäume und Hoheitszeichen hinweg zeitlebens den Menschen suchte. Zwei große Völker, beide schicksalsverbunden, beide die Opfer des grauenvollsten aller Kriege, beide durch Jahre verdammt, einander zu zerfleischen. Beide hindurchgegangen durch eine Zeit des Umsturzes aller überlieferten Grundlagen ihres nationalen Daseins. Beide unglücklich, arm, gemieden, verfemt. Beide aufeinander angewiesen wie selten zwei Völker der Menschenerde. Sie einander näherzuführen, ihr wechselseitiges Verständnis zu fördern — das ist das hohe Ziel. Der bescheidenste Beitrag zu seiner Verwirklichung trägt seinen Lohn in sich selbst.

Solch frohes und gläubiges Wollen füllt mir die Seele, während tief drunten die schwermütige und erhabene Eintönigkeit dieses unermeßlichen Landes der Kiefer- und Lärchenwälder, der dürftigen Aecker und hölzernen Dörfer dahingleitet. Bisweilen schwingen mächtige Ströme durch all dies Grün und Braun ihre Silberbogen: die Düna, der Dnjepr. Smolensk baut seine Häusermassen, seine Zwiebelkuppeldome den Berghang hinan, von betürmter Zinnenmauer umstarrt. Und endlich beginnt das Gelände sich zu beleben. Reichere Dörfer, Klöster, Schlösser. Die Hauptstadt des Riesenreiches kündigt sich an. Jetzt tut mächtigste Schau sich auf: vom aufblitzenden Zackenstreif der Moskwa durchgleißt die tausendtürmige Stadt der Zaren, heute der Hochsitz einer neuen kraftgärenden Welt, des kühnsten und phantastischsten Unternehmens, das jemals sich unterfing, die naturgesetzte Chaotik menschlichen Nebeneinanders zum Kosmos des Staatstums hinanzubilden. In riesigem Bogen schraubt der Luftkahn sich in die Tiefe, stuckert zu Land. Zollschwierigkeiten. Warten. Endlich zerrt ein klappriges Mietauto mich und mein nicht beschlagnahmtes Handköfferchen in die Hauptstadt des siegreichen Proletariats.

Es ist Sonnabendnachmittag, und eben speien Kontore und Fabriken ihre Massen auf die breite, von niedrigen Häusern umsäumte Twerskaja. Erster Eindruck: ja, das ist wirklich eine ganz proletarische Welt. Unabsehbare Scharen schweißdunstiger Männer in verschlissener und geflickter Arbeitskleidung, die Frauen in bescheidensten Leinen- und Baumwollhängerchen. Alles strudelt heimwärts, die Gesichter entspannt, zumeist sogar heiter. Die Straßenbahnen bis zum Bersten gestopft, Proletarier, nichts als Proletarier. Bisweilen schreit aus dem Gewimmel ein grellrotes Kopftuch oder eine Halsschleife, Kennzeichen der Zugehörigkeit zur „Partei", der einzigen, die es hier noch geben darf.

Ein Hotel tut sich auf. Riesig, menschendurchwimmelt. Fahrstuhl fehlt. Drei Treppen klettern. Ein geräumiges Zimmer, fließendes Wasser, schmales eisernes Bett, Telephon, gute elektrische Installation, sonst kahl, primitiv. Kostenpunkt 8 Rubel = 18,80 M.! Das Auto vom Flugplatz zum Hotel 9 Rubel, 21,24 M. — also ganz nette Teuerung.

Eine Stunde später sitze ich im Großen Akademischen Staatstheater. Gounods Faust. Das Publikum? Es wirkt durchaus proletarisch. Die Männer im grauen Hemde, Kniehose oder Leinenhose, viele in der praktischen und kleidsamen russischen Gürtelbluse. Die Frauen in dürftigsten Fähnchen, aus denen manches Paar maisonnengebräunter rundlicher Arme, mancher schlanke, feine Nacken lugt. Darüber oft Gesichter von hohem Reiz. Ein herrschender Typus nicht feststellbar. Chaos sämtlicher weißen Rassen, vom lichtesten Nordlandsblond bis zum tatarischen Dunkelbrünet und zu kalmückischer Maskenstarrheit. Die Vorstellung? Orchester, Chor, Ballet von hohem Rang. Die großen Kanonen des Solopersonals schon in den Ferien. Nur wenige wertvolle Stimmen. Bühnenbilder stark stilisiert. Neigung zur Bizarrerie. Die Szene der heimkehrenden Krieger — sie haben sämtlich fuchsrote Umhängebärte und gleichfarbig wallende Lockenperücken bei giftgrünen Wämsern — strotzen von wilder Urkraft. „Margarita", eine korpulente Bojarenbraut in weißem Atlas mit breit ausladendem Kopfputz. Das Publikum nicht übermäßig hingerissen und beifallsfreudig, aber andächtig und gesittet.